

Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises

am 11. Dezember 2023 in Ravenstein-Merchingen

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Thomas Ludwig

**zu TOP 2 „Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Neckar-Odenwald-Kreises
für das Haushaltsjahr 2024“**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, m.s.v.D.u.H.,

die Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung des Kreishaushalts 2024 hat allen Beteiligten in den letzten Wochen und Monaten so manche Sorgenfalte auf die Stirn getrieben. Hauptthema war dabei zunächst einmal nicht die Höhe des Hebesatzes der Kreisumlage, denn er ist letzten Endes ja nur das Resultat der sonstigen Einnahme- und Ausgabeansätze. Nein, zunächst ging es um die Aufgaben, welche ein Landkreis zu erfüllen hat, und wie diese finanziert werden können: durch Entgelte für Leistungen, durch Transfereinnahmen oder auch durch das allgemeine Steueraufkommen, welches dem Kreis im Rahmen des Finanzausgleichs zugewiesen wird.

Heute stehen wir am Abschluss der diesjährigen Haushaltsberatungen und haben ein endgültiges Zahlenwerk vorliegen, das uns sicherlich nicht in Jubelstürme ausbrechen lässt, mit dem man nach Ansicht der Fraktion der FREIEN WÄHLER aber leben kann. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Beratungen mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen stets sachlich verliefen und von gegenseitigem Verständnis geprägt waren.

Wesentlich schwieriger entwickelt sich aber das Verhältnis zu Bund und Land, die im Rahmen ihrer politischen Entscheidungen und bei der finanziellen Ausgestaltung ihrer Gesetzesvorhaben immer wieder der kommunalen Familie in die Tasche greifen. Beispiele hierfür haben Sie, sehr geehrter Herr Landrat, bereits in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs am 23. Oktober zur Genüge aufgezählt. Ich erinnere nur an das Bürokratie- und Kostenmonster Bundesteilhabegesetz, an die ruinöse und inhumane Gesundheits- und Krankenhauspolitik eines Dr. Lauterbach und ganz generell an den unbeirrten Willen aller Teile der Ampel-Regierung in Berlin, sämtliche im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte ungeachtet der dramatisch veränderten weltpolitischen und haushalterischen Rahmenbedingungen auf Teufel komm raus durchboxen zu wollen. Besonders deutlich wurde diese Tatsache in den vergangenen Tagen, als sich die Regierungspartner nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds auf Einsparungen für das Haushaltsjahr 2024 verständigen sollten. Dabei geht es nicht um 60 Mrd. €, sondern für dieses eine Haushaltsjahr „lediglich“ um 17 Mrd. € bei einem Haushaltsvolumen von 450 Mrd. €, also um weniger als vier Prozent. Der Journalist Ulrich Reitz hatte hierfür in einem Kommentar auf Focus online in der letzten Woche folgenden Vergleich parat: *„Manchmal scheitern Ehen eben daran, dass der eine die Zahnpasta ausquetschen und die andere die Tube aufrollen will. So ungefähr kann man sich den Konflikt in der Ampel vorstellen.“* (Zitat Ende)

Für den einfachen Bürger ist es jedenfalls traurig anzusehen, dass diese Regierung jetzt, wo es zum ersten Mal richtig darauf ankommt, weil das bisherige Rezept, die Probleme mit immer noch mehr Geld zuzuschütten, nicht mehr aufgeht, keine Lösungen findet. Die eh schon vorhandene Vertrauenskrise in die Politik wurde damit nochmals in großem Stil verschärft. Wenn jeder Partner bei seinen Lieblingsprojekten auch nur etwas nachgeben würde, wäre das Ziel schnell erreicht, aber tatsächlich wird wie beim Beamtenmikado agiert, sprich: wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Der wahre Verlierer ist aber schon heute der Standort Deutschland und dies vor allem deshalb, weil die Wirtschaft massiv verunsichert ist und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit immer mehr einbüßt. Dort wird aber genau jene Wertschöpfung produziert bzw. erschaffen, die wir brauchen, um uns unseren üppigen Sozialstaat leisten zu können. Aber auch die Energie- und Verkehrswende, die Digitalisierung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Ausbau von Bildung und Betreuung sowie nicht zuletzt der zwischenzeitlich schon auf unglaubliche 112 Mrd. € pro Jahr angewachsene Bundeszuschuss zur Rentenversicherung sind davon abhängig, dass die Wirtschaft floriert.

So lange aber die Regierungsparteien in ihrer Blase leben und glauben, es sei doch alles in bester Ordnung, werden neben den Bürgern vor allem die kommunalen Haushalte unter dieser Uneinsichtigkeit zu leiden haben. In den Kreisen, Städten und Gemeinden findet nämlich stets der Praxistest statt und finden die Konsequenzen ihren Niederschlag. Wir leiden vor allem, wenn Gesetzesvorhaben nicht ausfinanziert sind und das Konnexitätsprinzip zum wiederholten Male ausgehebelt wird. Darüber hinaus sind viele Vorschriften praxisuntauglich bzw. sie kommen viel zu detailverliebt daher, was uns geradewegs zum nächsten Problem führt, nämlich dem Fachkräftemangel auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung. Ein Beispiel hierfür ist die Bundesanstalt für Arbeit. Obwohl sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2005 halbiert und allen Digitalisierungsbemühungen zum Trotz stieg die Zahl der Mitarbeiter der Agentur seit dieser Zeit um 20 % auf 113.000 Stellen. Aber auch insgesamt ist die Überregulierung eine der wesentlichen Ursachen für die vielen unbesetzten Arbeitsplätze. Nichts geht mehr einfach und zu jeder Lösung wird ein Problem gesucht – auf diesen einfachen Nenner lässt sich unsere Erfahrung in den Kreisen, Städten und Gemeinden bringen und deshalb haben die kommunalen Landesverbände und weitere Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft, Handel und Banken im Herbst 2022 den Appell „Kein weiter so!“ veröffentlicht. Im Juli 2023 wurde dann mit der Landesregierung die sog. Entlastungsallianz beschlossen, welche jetzt aber auch mit Leben erfüllt werden muss. Vorschläge von der Basis gibt es zur Genüge, aber auch hier findet natürlich jede Partei und findet jedes Ministerium postwendend einen Grund, warum ausgerechnet ihr eigenes Vorhaben und ihr eigener Standard unverzichtbar sind und an ihnen unbedingt festgehalten werden muss. Lange Rede, kurzer Sinn: den Regierungsparteien in Berlin und Stuttgart kann nur dringend geraten werden, auf die Rückmeldungen aus der kommunalen Familie zu hören, denn hier lassen sich die raue Wirklichkeit und die realen Auswirkungen ihres politischen Handelns hautnah erfahren.

Im Kreishaushalt 2024 besteht der größte Zuschussbedarf natürlich wieder im Teilhaushalt 5, Jugend und Soziales – das kennen wir schon. Dass dieser aber im kommenden Jahr nochmals um 9 % auf 78,7 Mio. € anwächst, was übrigens 542 € pro Kreiseinwohner entspricht, stellt doch eine neue Dimension dar. Diesem Trend muss dringend Einhalt geboten werden, weil er andernfalls die Kreisfinanzen stranguliert. Besonders bitter wird es aber, wenn mit dem immer mehr steigenden Aufwand überhaupt kein Mehrwert für die betroffenen Menschen verbunden ist, z.B. bei der Eingliederungshilfe nach dem BTHG.

Aber auch bei der Finanzierung unserer Kreiskliniken sind schon längst wieder düstere Wolken aufgezogen. Letzten Endes geht es doch gerade im Gesundheitswesen darum, den Menschen zu dienen. Das bedeutet, dass leistungsfähige Versorgungsstrukturen vorgehalten und auch für den ländlichen Raum auskömmlich durchfinanziert sein müssen. Regelmäßige millionenschwere Zuschüsse des Landkreises für seine Kliniken sind dabei eigentlich nicht vorgesehen, sondern vielmehr auskömmliche Entgelte der Krankenkassen für die erbrachten und vorgehaltenen Leistungen. Aber auch hier setzen die Beteiligten darauf, dass sich die Verantwortlichen vor Ort schon nicht werden lumpen lassen. Nun mag der arglose Leser beim Blick in die endgültige Fassung des Haushalts vielleicht glauben, dass doch alles nicht so schlimm sei, weil der Ansatz für den Verlustausgleich von ursprünglich 7 Mio. € auf 4,7 Mio. € zurückgenommen wurde. Doch davon darf man sich nicht blenden lassen, denn hierbei handelt es sich nur um periodenfremde nachträgliche Ausgleichszahlungen des Bundes bzw. des Landes für Vorjahre ohne jeglichen Zusammenhang zur Auskömmlichkeit der gewöhnlichen laufenden Geschäftstätigkeit. Beim Thema Kliniken muss aber auch noch ein anderer Aspekt betrachtet werden und das ist die Belegungssituation. Diese schwächelt trotz des hervorragenden Leistungsniveaus immer wieder, weil nicht wenige Kreiseinwohner ohne ersichtlichen Grund auswärtige Hospitäler aufsuchen, oftmals sogar von ihren im Neckar-Odenwald-Kreis ansässigen Haus- und Fachärzten dorthin empfohlen. Selbstverständlich darf diese Entscheidung von jedem Patienten eigenverantwortlich getroffen werden, aber man sollte sich hierbei auch über die Konsequenzen für die Häuser vor Ort im Klaren sein. Die FREIEN WÄHLER appellieren daher heute erneut an die Bevölkerung, die Neckar-Odenwald-Kliniken bei der Entscheidung über das Krankenhaus ihrer Wahl angemessen zu berücksichtigen.

Und damit komme ich nun zu dem von mir bereits eingangs angesprochenen Schlussbaustein eines jeden Kreishaushalts, nämlich der Kreisumlage. Wie auch schon in der Vergangenheit dargestellt, handelt es sich bei ihr um eine nachrangige Einnahmequelle, welche erhoben werden kann, sofern die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Bei ihrer Bemessung ist stets auch die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen zu beachten. Im ursprünglichen Haushaltsentwurf war von einem Hebesatz von 29,25 v.H. ausgegangen worden – also zwei Punkte mehr als in diesem Jahr. In absoluten Zahlen wären das 68,63 Mio. € gewesen und damit satte 11,46 Mio. € mehr als in diesem Jahr, im Schnitt eine Mehrbelastung pro Kommune von rd. 424.000 €. Hiervon resultieren alleine 6,76 Mio. € aus der höheren Steuerkraftsumme der Gemeinden. Diese hätte es also auch bei einem unveränderten Hebesatz obendrauf gegeben. Nun wollen wir durchaus anerkennen, dass der Kreishaushalt 2024 einige Risiken enthält, deren tatsächliche Ausmaße nur schwer vorhersehbar sind. Neben den bereits erwähnten Themen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich gehören hierzu auch die Kosten der Flüchtlingsunterbringung, die Personalkosten, die Grunderwerbsteuer sowie die allgemeine Preisentwicklung.

Andererseits hätte das o.g. Maß der Kreisumlageerhöhung aber nicht wenige, vor allem kleinere Kreiskommunen förmlich erdrosselt, denn auch sie müssen sie in ihren Haushalten mit hohen Mehrbelastungen fertig werden und sollen zudem noch in weit mehr Aufgabenbereichen, als sie dem Kreis obliegen, für die Zukunft investieren. Doch von solchen eierlegenden Wollmilchsäuen haben wir nur ganz wenige in unserem Kreis, z.B. solche, deren Gewerbesteueraufkommen dauerhaft deutlich über dem Anrechnungshebesatz liegt.

Die Masse der Kommunen steht aber längst mit dem Rücken zur Wand und daran ändern auch vermeintlich gute Rechnungsabschlüsse während der Corona-Zeit nichts, zumal sich auch hier die Durchführung vieler Investitionsvorhaben z.B. wegen langer Genehmigungsdauern, wegen Lieferschwierigkeiten oder mangels ausführender Handwerks- und Bauunternehmen stark verzögert hat. Eventuell vorhandene Rücklagen sind also nichts Anderes als unerledigte Aufgaben – das Geld ist de facto schon längst verplant. Unterm Strich wurde nach Meinung der Fraktion der FREIEN WÄHLER mit der nunmehr vorgeschlagenen Erhöhung um einen Hebesatzpunkt auf 28,25 v.H. ein vertretbarer Kompromiss gefunden. Auch dieser Wert bedeutet für den Landkreis gegenüber diesem Jahr immer noch Mehreinnahmen i.H.v. 9,22 Mio. €. Das im Gesamtergebnishaushalt veranschlagte Defizit i.H.v. 3,995 Mio. € ist aus gleich mehreren Gründen vertretbar, wozu neben der regelmäßigen mittleren siebenstelligen Ergebnisverbesserung in den vergangenen Jahren vor allem auch die hohe Ergebnisrücklage des Landkreises von rd. 25 Mio. € gehört. Wir leben schon von jeher in gesicherter Armut und sind es daher im Vergleich zu den benachbarten Champions League-Landkreisen gewohnt, aus weniger mehr zu machen. Natürlich kommen uns bei diesem Kompromiss vor allem die bereits erwähnten Nachzahlungen für die Kliniken zugute, aber auch diese ändern nichts an der Tatsache, dass eine noch höhere Kreisumlage viele Kommunen stranguliert hätte.

Auch deswegen bedankt sich unsere Fraktion heute bei Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, bei Ihnen, sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Schork, aber auch bei allen anderen Fraktionen und Gruppierungen dieses Kreistags ganz besonders herzlich für die überaus sachliche und von großem gegenseitigem Verständnis geprägten Haushaltsberatungen – hier im Plenum, in den Ausschüssen, aber auch bei der Vorstellung des Entwurfs durch Landrat und Kämmerer in unserer Fraktion.

Die FREIEN WÄHLER werden der Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 28,25 v.H. ebenso zustimmen wie den restlichen Ansätzen und Anlagen des Haushaltes 2024.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!